

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobrief monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 68,00 M., unter Streifenband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareillezeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbspaltige Restanzeige 24,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen für Briefsendung 1 M.

Nr. 112

Dresden, Montag den 15. Mai 1922

33. Jahrg.

## Fortsetzung im Haag

Eigene Drahtmeldung

Genova, 15. Mai, 5 Uhr morgens. Im Laufe des Sonntags haben die Alliierten unter sich nach langer Sitzung eine Formel für die Beendigung der totalen Konferenz gefunden, die heute der politischen Unterkommission zur Beschlussfassung vorgelegt wird und am Dienstag die politische Hauptkommission passieren soll. Diese Formel lautet dahin, zum 15. Mai im Haag eine von sämtlichen in Genova vertretenen Mächten, ausgenommen Rußland und Deutschland, zusammengesetzte Kommission zusammenzutreten zu lassen, die einen Vorschlag zur Beratung der russischen Fragen zu wählen hat. Die Mächte sollen aufgefordert werden, je nach Belieben gleichfalls eine Sonderkommission zu bilden, die nachmals den russischen Standpunkt klar formuliert und begründet.

Nach Beendigung dieser unabhängigen Beratungen sollen gemeinsame Sitzungen stattfinden, in deren Dauer — vorgegeben sind drei Monate — keine Sonderverträge mit Rußland abgeschlossen werden dürfen und die bestehenden Grenzen respektiert werden müssen. Die Garantien entsprechen gewissermaßen einer provisorischen Regelung des von Genova vorgeschlagenen Friedensplans, gegenüber denen keine der alliierten Mächte Einspruch erheben hat.

Sonderbar, daß man auch die neue Konferenz im Haag unter die Kategorie der Wiederaufbaukonferenzen stellt und Deutschland, das an diesem Wiederaufbau interessiert ist, ausschließt. Man muß schon sagen, ein „schöner Wiederaufbau“, der in der Frage Europa nicht fördern kann.

Inzwischen hat Rußland eine neue Note an den italienischen Minister Schanzer als Fortsetzung der politischen Kommission gerichtet, die wir in ihren wesentlichen Punkten als beabsichtigt bezeichnen müssen. Tschiatschiner erhebt vor allem Einspruch gegen die Verhandlungsmethode der letzten Tage, die eine Ausdrucksform über den russischen Verhandlungsantrag brachte, ohne Rußland anzuzugehen. Daß diese Art gegen den Sinn der Gleichberechtigung, der in Genova so oft heilig verkündet wurde, verstößt, wird auch Barthou nicht abstreiten. Unter anderm wird in der Note die sofortige Einberufung einer Vollziehung der politischen Kommission zur gemeinsamen Aussprache verlangt und gegen die inzwischen überholte französische Forderung, Rußland aus der zu bildenden Kommission auszuschließen, und gegen das Verbot, Sonderverträge abzuschließen, protestiert.

Die Entscheidung, ob man die Konferenz in Genova friedlich beenden und im Haag in gewissem Sinne wieder auferstehen läßt, liegt jetzt bei Rußland. Die heutige Sitzung der politischen Unterkommission wird sicherlich den Kompromiß der Alliierten billigen, da er im Laufe des Nachmittags den Russen offiziell zur Kenntnis gegeben werden kann. Von der Entscheidung der russischen Delegation hängt dann der Verlauf der für Dienstag geplanten Vollziehung ab, die im Verhandlungsstadium nur formelle Bedeutung haben kann. Erfolgt eine allgemeine Annahme, dann wird nach den Plänen Lloyd Georges am Mittwoch das Zeichenbegangnis in Form einer Vollziehung stattfinden, zumal der Friedensplan jetzt ohne provisorische Lösung erfolgt.

Schon soll der Sonderzug der englischen Delegation für Mittwoch abends bestellt sein! Können wir, daß er abrollen wird...

## Um die Russenkommission

Sonderbericht des Soz. Parlamentsbüros

Genova, 13. Mai, 10 Uhr abends.

Der Kampf konzentrierte sich weniger auf den Friedensplan und auf die an die russische Delegation zu richtende Antwort, an deren Abfassung sich Frankreich übrigens nicht beteiligen wird, als um die Zulassung Rußlands zu der von Lloyd George für die Beratung der russischen Frage vorgeschlagenen Kommission.

Diese Kommission, soll auf Grund der russischen Antwort weiter verhandeln über Kredite an Rußland, über die Schuldenfrage und über die Frage des Privatkapitalismus und zu diesem Zweck in drei Unterkommissionen gegliedert werden.

Als Garantie wird von Rußland die Einstellung jeder politischen Propaganda in andern Ländern und die Anerkennung bestehender Grenzen verlangt werden. Die übrigen Länder müssen sich zu dem gleichen verpflichten. Solange die Grenzen Osteuropas nicht bittiert sind, soll der Pakt nicht endgültig abgeschlossen werden. Dagegen beabsichtigt der englische Ministerpräsident, als Basis die de facto bestehenden Grenzen vorzuschlagen, bis die Kommissionsarbeiten beendet und ein definitives Abkommen geschlossen ist.

Während der englische Ministerpräsident die Bildung der Kommission in Genova unter Beteiligung Rußlands forderte, verlangte Barthou zunächst laut Instruktion seines Pariser Auftraggebers die Zusammenfassung dieser Kommission durch die Delegierten unter Ausschluß der Russen, milderte jedoch im Verlaufe der Vormittagssitzung dieses Verlangen dahin, die Russen Sachverständige aus ihren Reihen bestimmen zu lassen, die sich in dem noch festzustehenden Tagungsort der Kommission aufhalten und je nach Bedarf gehört werden könnten. Barthou bekräftigte seine Haltung damit, daß der resultierende Verlauf der Besprechungen über Rußland in Genova gegen die Einziehung einer neuen Expertenkommission spreche, andererseits die Russen in Genova so viel Vertrauen durch ihr Verhalten aufbauen, daß Beratungen, die mit ihnen weitergeführt werden, im voraus ergebnislos erscheinen müßten. In Wirklichkeit sprachen für diese Haltung Momente, die sich aus der Politik des nationalen Vols ergeben. Man fürchtet Rußlands Anwesenheit in Anbetracht der Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit der Entente und Frankreich, die die neue Kommission als Fortsetzung des Meinungsstreits innerhalb der Alliierten zu bestehen haben wird. Rußlands Haltung war wohl zu rechtfertigen, wenn es die Basis zu einem neuen Ultimatum, die gleichzeitig in der Forderung Frankreichs lag, im voraus ablehnte. Denn Beratungen über Rußland haben ohne jeden russischen Vertreter keinen Zweck, was Herr Barthou auch ausdrücklich von Lloyd George bezeugt wurde. Auch der italienische Außenminister wandte sich gegen den französischen Forderungspunkt. Er erklärte sich mit jeder vernünftigen Abänderungsformel des Vorschlages von Lloyd George einverstanden, forderte jedoch als Bedingung die Zulassung Rußlands zu der Kommission. Pralario spielte die übliche Vermittlerrolle, indem er beschloß, die Regelungen der Kommission einzufachen zu lassen, den Beschluß über die Einziehung der Russen aber der Kommission bei ihrem Zusammenritt zu überlassen. Die Verschiedenheit der Auffassungen machte in der Vormittagssitzung eine Einigung unmöglich.

## Dämmert es?

Durch Schweden soll man flug werden. Weite Kreise des deutschen Volkes, nahezu die gesamte Bevölkerung aller Klassen und Ständen, die nicht selbst landwirtschaftliche Produkte erzeugen, haben in den letzten Wochen und Monaten sehr schmerzhaft am eigenen Leibe erfahren müssen, wie unklar sie getan halten, als sie vor Jahresfrist und mehr sich von den Agrariern ins Schleppland nebeneinander ziehen und mit einstimmen in den Ruf: „Fort mit der Zwangsverwaltung!“ Die Sozialdemokratie hat ihre warnende Stimme zur Genüge erhoben und die Folgen der freien Wirtschaft auf dem Lebensmittelmärkte ausgemalt. Das hat zwar nichts genützt, selbst viele Frauen des arbeitenden Volkes, das soll gar nicht geleugnet werden, hatten sich betören lassen und in Lobeshymnen auf die freie Wirtschaft, die alles in Nöte und Hölle hervorzuwehen, eingeschworen. Die Voraussetzungen der Sozialdemokratie sind nicht nur im vollen Umfange eingetroffen; nein, die Katastrophe auf dem Lebensmittelmärkte, hauptsächlich in Getreide und Kartoffeln und in jüngster Zeit ganz besonders in Zucker, übertrifft die dümmsten Voraussagen, die man hegen konnte, das wird auch schon von rechtsstehenden Politikern, soweit ihnen die Wahrheit noch etwas gilt und sie mit reiner Verleumdung agrarischer und industrieller Interessen sind, da und dort, im Parlament und in der Presse zugegeben. Bis weit in die rechtsgerichteten bürgerlichen Ständen sind die Hausfrauen übertrabend durch Schweden flug geworden, das Emporsteigen des Brotpreises, die Vorgänge auf dem Kartoffelmärkte und das jetzige stundenlange Anstehen nach Zucker, der jenseits im Preise steigt, und doch nicht zu haben ist, haben sie rasch eines besseren belehrt; daß die Bewirtschaftung der Lebensmittel durch den Staat und seine Organe doch noch bei weitem vorzuziehen ist gegenüber der Bewirtschaftung durch die agrarischen Organisationen und die industriellen Syndikate, deren leitender Grundgedanke nicht das Wohl des Volkes, sondern einzig und allein hohe Profite sind. Wie sich die Lage auf dem Zuckermarkt gestaltet hat, kann man nicht besser schildern, als es die halb volksparteiliche, halb deutsch-nationalistische „Lichtes Rundschau“ unter der Überschrift: „Der Zuckerrübe“ tut.

Die Verhältnisse auf dem Zuckermärkte werden von Tag zu Tag unerträglich. In einem Zeitraum von noch nicht 14 Tagen ist der Zucker von 12 M. auf 24 M. gestiegen, ohne daß für eine derartige Erhöhung irgendwelche zwingende Gründe vorhanden gewesen wären.

Dann gibt sie die Erfahrungen einer sehr großen Badegemeinschaft bei der Zuckerkonsumation wieder, wobei es u. a. heißt:

„Das Reichsernährungsministerium hat in einer Verabredung, die mit Interessenten im Laufe dieser Woche stattfand, die bündige Erklärung abgegeben, daß nach Feststellungen der Kontrollorgane an den Grenzen Zucker nur in ganz verhältnismäßig geringen Mengen angeführt worden ist. Diese Feststellung des Ministeriums wird auch von anderer Seite unterstützt. Dagegen muß festgestellt werden, daß sich ungeheure Mengen von Inlandzucker am Zeit im Verste des Großhandels, teils aber auch in Händen von Verlonen befinden, die nicht zum Handel gehörig, lediglich aus spekulativen Gründen waggomweise angekauft haben und immer noch zurückhalten. Dabei ist gerade jetzt die Beobachtung zu machen, daß sowohl der reelle Großhandel wie namentlich die Spekulation den Zucker „auf Reisen“ schicken. Der Zucker wird, da man in diesen Kreisen ein energisches Zulassen der Regierung und eine Verschärfung der Wäre beifürchtet, freizug und quer durch Deutschland geschickt, um ihn vor einem Zugriff der Behörden auf diese Art und Weise zu verbergen.“

Die Verhältnisse haben sich demart verobten, daß Auslandszucker billiger als Inlandzucker ist. So kostet z. B. holländischer Zuckerrübe ungekohlener Zucker 32 M., franko Berlin, während Inlandzucker mit 48 M. je Kilogramm angeboten und begehrt wird. Es ist weiter festzustellen, daß die zuckerverarbeitenden Industrien, die Zuckerraffinerien und Zuckerrübenfabriken gegenwärtig über Zuckerbestände verfügen, die weit über das ihnen bewilligte Kontingent gehen und für mindestens zwei Jahresproduktionen ausreichen. Abgegeben von den berechtigten Blündern der Kleinverbraucher, der Hausfrauen usw., sind die Dinge soweit gediehen, daß durch das egoistische Vorgehen der beiden genannten Industrien, die jeden Preis anzulegen vermögen, heute weite Kreise des Handels und des Gewerbes sich außerstande sehen, auch nur Bruchteile der von ihr benötigten Zuckermengen zu erhalten.“

Es erübrigt sich, irgend ein Wort dieser Schilderung des gewiß unverdächtigsten rechtsstehenden Plottes über die Folgen der freien Wirtschaft auf dem Zuckermärkte hinzuzufügen. Die echten Agrarier und ihre Presse halten diese Folgen der völlig freien Wirtschaft auf dem Lebensmittelmärkte mit feinsten Zuckerpreisen aber keineswegs ab in schärfster Tonart gegen die vom Reichsernährungsministerium auch für das kommende Wirtschaftsjahr geplante Getreidemenge Sturm zu rennen. Die Entrüstung der sich nach noch größeren Zuckerpreisen sehnenen Landwirte konnte keine Grenze, als unlängst 11 000 oldenburgische und ostfriesische Kleinbauern nach einem Vortrage des ostfriesischen Ministerpräsidenten Luyker, eines bekannten demokratischen Vorkämpfers für die Verbeibaltung des Umlageverfahrens, einstimmig einen Beschluß für die Verbeibaltung der Getreidemenge und deren Ausdehnung auf Kartoffeln für die gesamte deutsche Landwirtschaft fassen. Diese Sabotierung des unbefruchteten Zuckers ließ dem Reichslandbund nicht ruhen. Ein gütiges Geseß wollte es, — so schreibt die rein agrarische Deutsche Tageszeitung — daß der Vorsitzende des Reichslandbundes, Herr Dillger, in der

## Der Fälscher als Außenpolitiker

Ein Hochstapler auf dem Gebiete des Hochverrats, noch keine 20 Jahre alt, sicher über Durchschnitt begabt, wenn auch aller Wahrheitsliebe nach in gewisser Beziehung völlig defekt, „Dr.“ Anspach, rühmt sich nunmehr, nachdem er, leider reichlich spät erklart ist, daß er seit langer Zeit die eigentliche Außenpolitik Europas gemacht habe. Das ist sicher etwas übertrieben; aber leider ist allzu viel davon. Noch ist die Frage nicht restlos geklärt, ob der Dokumentenfälscher Anspach seine Tätigkeit nicht, wie er behauptet, des Geldverdienens wegen betrieben hat, sondern um die aus der Kriegszeit immer noch gegeneinander feindseligen eifersüchtigen Staaten Europas aufeinander zu heben und immer erneut Verwicklungen zu schaffen. Aber ganz gleich, ob es sich um gewissenlose Gewinnlucht oder um politischen Egoismus handelt: Die Folgen hätte in der heutigen politischen Situation allzu leicht ein ganzes Volk oder wenigstens ein Teil des deutschen Volkes zu spüren bekommen können. Wenn es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß ein großer Teil der Rollen der alliierten Mächte und Kontrollkommissionen über deutsche Rüstungen auf Fälschungen Anspachs zurückzuführen sind, daß seine Beziehungen besonders eng und auf zu Paris gehen sind, wo er zweimal persönlich gewesen ist, um, nach seinen Angaben, seine gefälschten und Deutschland kompromittierenden Dokumente an den höchsten Verhandlungsposten abzugeben. Das Kurwärtige Amt ist zur Zeit bemüht, nachzuprüfen, wieviel von ihm hergestellte politische Dokumente von Staatsmännern und Politikern in andern Staaten bei Regierungsakten oder in den Parlamenten verwendet worden sind.

Meist man sich die Frage vor, wie der politische Skandal, den sich die Affäre Anspach allem Anschein nach ausbreiten wird, möglich ist, so liegt die Verantwortung auf der Seite der Gewächse von der Art Anspachs gedeihen leider nur

allzu gut in der Atmosphäre, die der Krieg bereits geschaffen hatte mit seinem ausgebreiteten System der gegenseitigen Spionage, und die der sogenannte Friede von Versailles nicht nur nicht beseitigt, sondern erst recht über ganz Europa verbreitete. Deutschland, wie alle übrigen Länder, die den Krieg verloren haben, sind auf Grund des Versailleser Friedens überflutet von allen möglichen Kontrollkommissionen. Diese verschlingen durch ihren hohen Beamtenstand und die tiefen Bezahlungen, die sie einheimen ungeheure Summen. Sie wollen und müssen, da die Einsicht immer mehr durchdringt, daß die europäische Wirtschaft diese finanzielle Belastung für völlig unproduktive Zwecke unmöglich auf unabsehbare Zeiten weitertragen kann, sie aber ihre fetten Pfanden nicht nur nichts dir nichts aufgeben wollen, die Welt und ihre Auftraggeber von der Notwendigkeit ihrer Existenz überzeugen. Dazu ist ihnen jedes Mittel gut genug, dazu kommt ihnen jede Fälschung gelegen, auch wenn der Dummste erkennen muß, daß es sich um eine Fälschung plumpster Art handelt. Der Zweck heitigt auch hier das Mittel. Die beiden Hauptabnehmer und Auftraggeber für Anspachs Dokumente sollen Frankreich und Polen gewesen sein, die beiden waffenstarrten Nationen der Nachkriegszeit, die heute, trotz allem Zureden von England und Amerika, von Abrüstung ebensowenig wissen wollen wie das wilhelminische Deutschland. Täglich beten sie den Spruch: Wilhelms II. nach, daß man gerüstet sein müsse, wenn man den Frieden liebt. Der Friedensstörer ist bekanntlich das auf Grund des Friedensvertrages nahezu völlig entwafrnete Deutschland. Dies der Welt zu beweisen, bedarf es immer neuer Dokumente. Herr Dr. Anspach lieferte sie in denkbar größter Zahl. Er war auf seinem Gebiet in allen Sätzen gerecht.

Hoffentlich verlegt der Hochverratsprozeß, dem Anspach nicht entgehen wird, dem militärischen Rüstungswahn und der diplomatischen Hege der Nachkriegszeit einen solchen Schlag, daß die politische Atmosphäre durch den Skandal ein wenig gereinigt wird.